

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV

Sportwettenstaatsvertrag

**Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften**

§ 1 Ziele des Staatsvertrages

Ziele des Staatsvertrages sind

1. das Entstehen von Glücksspielsucht und Wetsucht zu verhindern und die Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung zu schaffen,
2. das Glücksspielangebot zu begrenzen und den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern,
3. den Jugend- und den Spielerschutz zu gewährleisten,
4. sicherzustellen, dass Glücksspiele ordnungsgemäß durchgeführt, die Spieler vor betrügerischen Machenschaften geschützt und die mit Glücksspielen verbundene Folge- und Begleitkriminalität abgewehrt werden.

§ 1 Ziele des Staatsvertrages

Ziel des Staatsvertrages ist es,

1. den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere ein Ausweichen auf nicht erlaubte Werten zu verhindern,
2. den Jugend- und den Spielerschutz einschließlich geeigneter und erforderlicher Maßnahmen zur Spielsuchtprävention zu gewährleisten,
3. sicherzustellen, dass Werten ordnungsgemäß und nachvollziehbar unter geregelten Rahmenbedingungen durchgeführt und Manipulationen verhindert werden,
4. einen Rechtsrahmen zu schaffen, der einerseits den verfassungsrechtlichen Grundrechten und den gemeinschaftsrechtlichen Grundfreiheiten Rechnung trägt,
5. sicherzustellen, dass ein erheblicher Teil der Einnahmen gemeinnützigen Zwecken, dem Sport und der Suchtforschung zugute kommt.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfssfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

§ 2 Anwendungsbereich

Die Länder regeln mit diesem Staatsvertrag die Veranstaltung, die Durchführung und die Vermittlung von öffentlichen Glücksspielen. Für Spielbanken gelten nur die §§ 1, 3 bis 8, 20 und 23.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Ein Glücksspiel liegt vor, wenn im Rahmen eines Spiels für den Erwerb einer Gewinnchance ein Entgelt verlangt wird und die Entscheidung über den Gewinn ganz oder überwiegend vom Zufall abhängt. Die Entscheidung über den Gewinn hängt in jedem Fall vom Zufall ab, wenn dafür der ungewisse Eintritt oder Ausgang zukünftiger Ereignisse maßgeblich ist. Auch Wetten gegen Entgelt auf den Eintritt oder Ausgang eines zukünftigen Ereignisses sind Glücksspiele.

(2) Ein öffentliches Glücksspiel liegt vor, wenn für einen größeren, nicht geschlossenen Personenkreis eine Teilnahmemöglichkeit besteht oder es sich um gewohnheitsmäßig veranstaltete Glücksspiele in Vereinen oder sonstigen geschlossenen Gesellschaften handelt.

(3) Ein Glücksspiel im Sinne des Absatzes 1, bei dem einer Mehrzahl von Personen die Möglichkeit eröffnet wird, nach einem bestimmten Plan gegen ein bestimmtes Entgelt die Chance auf einen Geldgewinn zu erlangen, ist eine Lotterie. Die Vorschriften über Lotterien gelten auch, wenn anstelle von Geld Sachen oder andere geldwerte Vorteile gewonnen werden können (Auspielung).

(4) Veranstaltet und vermittelt wird ein Glücksspiel dort, wo dem Spieler die Möglichkeit zur Teilnahme eröffnet wird.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfssfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

§ 2 Anwendungsbereich

Die Länder regeln mit diesem Staatsvertrag die Veranstaltung und den Vertrieb öffentlicher Wetten. Der Vertrag gilt nicht für Totalisatorwetten.

§ 3 Allgemeine Bestimmungen

(1) Eine Wette liegt vor, wenn im Rahmen eines Spiels für den Erwerb einer Gewinnchance ein Entgelt verlangt wird und die Entscheidung über den Gewinn vom ungewissen Eintritt oder Ausgang zukünftiger Ereignisse abhängt.

(2) Eine öffentliche Wette liegt vor, wenn für einen größeren, nicht geschlossenen Personenkreis eine Teilnahmemöglichkeit besteht oder es sich um eine gewohnheitsmäßig veranstaltete Wette in Vereinen oder sonstigen geschlossenen Gesellschaften handelt.

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

(5) Annahmestellen und Lotterie-Einnehmer sind in die Vertriebsorganisation von Veranstaltern nach § 10 Abs. 2 eingegliederte Vermittler.

(6) Gewerbliche Spielvermittlung betreibt, wer, ohne Annahmestelle oder Lottereeinnehmer zu sein,

1. einzelne Spielverträge an einen Veranstalter vermittelt oder

2. Spielinteressenten zu Spielgemeinschaften zusammenführt und deren Spielbeteiligung dem Veranstalter – selbst oder über Dritte – vermittelt,

sofern dies jeweils in der Absicht geschieht, durch diese Tätigkeit nachhaltig Gewinn zu erzielen.

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

(3) Wettunternehmer ist, wer öffentliche Wetten verantwortlich veranstaltet.

(4) Öffentliche Wetten vertreibt, wer verantwortlich die Gelegenheit zum Abschluss öffentlicher Wetten anbietet, insbesondere durch die Unterhaltung von Wettannahmestellen oder über das Internet.

(5) Die Veranstaltung und der Vertrieb von Wetten müssen mit den Zielen des § 1 in Einklang stehen und dürfen den Erfordernissen des Jugendschutzes nicht zuwiderlaufen. Die Teilnahme von Minderjährigen ist unzulässig.

(6) Der Vertrieb von Wetten muss organisatorisch, rechtlich, wirtschaftlich und personell getrennt sein von der Veranstaltung oder der Organisation von

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

Ereignissen und dem Betrieb von Einrichtungen, in denen die bewetteten Ereignisse stattfinden.

(7) Wetten, die das sittliche Empfinden verletzen, sind verboten.

§ 4 Allgemeine Bestimmungen

(1) Öffentliche Glücksspiele dürfen nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörde des jeweiligen Landes veranstaltet oder vermittelt werden. Das Veranstalten und das Vermitteln ohne diese Erlaubnis (unerlaubtes Glücksspiel) ist verboten.

(2) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn das Veranstalten oder das Vermitteln des Glücksspiels den Zielen des § 1 zuwiderläuft. Die Erlaubnis darf nicht für das Vermitteln nach diesem Staatsvertrag nicht erlaubter Glücksspiele erteilt werden. Auf die Erteilung der Erlaubnis besteht kein Rechtsanspruch.

(3) Das Veranstalten und das Vermitteln von öffentlichen Glücksspielen darf den Erfordernissen des Jugendschutzes nicht zuwiderlaufen. Die Teilnahme von Minderjährigen ist unzulässig. Die Veranstalter und die Vermittler haben sicherzustellen, dass Minderjährige von der Teilnahme ausgeschlossen sind.

(4) Das Veranstalten und das Vermitteln öffentlicher Glücksspiele im Internet ist verboten.

§ 5 Werbung

(1) Werbung für öffentliches Glücksspiel hat sich zur Vermeidung eines Aufforderungscharakters bei Wahrung des Ziels, legale Glücksspielmöglichkei-

§ 13 Werbung

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfssfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

ten anzubieten, auf eine Information und Aufklärung über die Möglichkeit zum Glücksspiel zu beschränken.

(2) Werbung für öffentliches Glücksspiel darf nicht in Widerspruch zu den Zielen des § 1 stehen, insbesondere nicht gezielt zur Teilnahme am Glücksspiel auffordern, anreizen oder ermuntern. Sie darf sich nicht an Minderjährige oder vergleichbar gefährdete Zielgruppen richten. Die Werbung darf nicht irreführend sein und muss deutliche Hinweise auf das Verbot der Teilnahme Minderjähriger, die von dem jeweiligen Glücksspiel ausgehende Suchtgefahr und Hilfsmöglichkeiten enthalten.

(3) Werbung für öffentliches Glücksspiel ist im Fernsehen (§§ 7 und 8 Rundfunkstaatsvertrag), im Internet sowie über Telekommunikationsanlagen verboten.

(4) Werbung für unerlaubte Glücksspiele ist verboten.

§ 6 Sozialkonzept

Die Veranstalter und Vermittler von öffentlichen Glücksspielen sind verpflichtet, die Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten und der Entstehung von Glücksspielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck haben sie Sozialkonzepte zu entwickeln, ihr Personal zu schulen und die Vorgaben des Anhangs „Richtlinien zur Vermeidung und Bekämpfung von Glücksspielsucht“ zu erfüllen. In den Sozialkonzepten ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden sollen.

[§ 10 Abs. 3]

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfssfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

Art und Umfang der Werbemaßnahmen für die Veranstaltung und den Vertrieb öffentlicher Wetten müssen angemessen sein und dürfen nicht in Widerspruch zu den Zielen des § 1 stehen. Werbung hat sich auf sachliche Informationen über die Möglichkeiten der Teilnahme an öffentlichen Wetten zu beschränken. Sie darf nicht irreführend sein, insbesondere nicht darauf abzielen, unzutreffende Vorstellungen über die Gewinnchancen hervorzurufen.

§ 9 Informationspflichten

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

(1) Wer öffentliche Wetten vertreibt, muss seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die der Wettunternehmer, deren Wetten er vertreibt, im Interesse des Verbraucherschutzes an allen Standorten an gut sichtbarer Stelle aushängen oder sonst der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich machen. Beim Vertrieb mittels Telekommunikation, insbesondere über das Internet, ist auf die eigenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen und auf die der Wettunternehmer, deren Wetten vertrieben werden, in geeigneter Weise hinzuweisen.

(2) Wer öffentliche Wetten vertreibt, ist verpflichtet, zu seiner Identifikation die ihm und den Wettunternehmern, deren Wetten er vertreibt, erteilten Erlaubnisse an seinen Standorten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Beim Vertrieb über das Internet ist auf die Erlaubnisse in geeigneter Weise hinzuweisen.

(3) Wer öffentliche Wetten vertreibt, hat dem Teilnehmer den Wettunternehmer, dessen Wetten er vertreibt, vor jeder Wettannahme offen zu legen.

§ 7 Aufklärung

(1) Die Veranstalter und Vermittler von öffentlichen Glücksspielen haben über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust, die Suchtrisiken der von ihnen angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie aufzuklären.

(2) Lose, Spielscheine und Spielquittungen müssen Hinweise auf die von dem jeweiligen Glücksspiel ausgehende Suchtgefahr und Hilfsmöglichkeiten enthalten.

§ 10 Suchtprävention

(1) Die Teilnehmer sind beim Abschluss von Wetten über die Möglichkeiten von Gewinn und Verlust, die Suchtrisiken der Wetten, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und die Möglichkeiten der Beratung und Therapie aufzuklären.

(2) Spielscheine und Spielquittungen müssen Hinweise auf die von Wetten ausgehende Suchtgefahr und Hilfsmöglichkeiten enthalten.

Dies gilt für den Vertrieb mittels Telekommunikation, insbesondere über das Internet, entspre-

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfssfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

* **Entwurfssfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

[§ 6]

chend.

§ 8 Spielersperre

(1) Zum Schutz der Spieler und zur Bekämpfung der Glücksspielsucht sind die Spielbanken und die in § 10 Abs. 2 genannten Veranstalter verpflichtet, ein übergreifendes Sperrsystem zu unterhalten.

§ 11 Spielersperre

(1) Zum Schutz der Teilnehmer und zur Bekämpfung der Wettsucht unterhält die Wettaufsicht ein übergreifendes Sperrsystem.

(2) Die zur Teilnahme am Sperrsystem verpflichteten Veranstalter sperren Personen, die dies beantragen (Selbstsperre) oder von denen sie aufgrund der Wahrnehmung ihres Personals oder aufgrund von Meldungen Dritter wissen oder aufgrund sonstiger tatsächlicher Anhaltspunkte annehmen müssen, dass sie spielsuchtgefährdet oder überschuldet sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen oder Spieleinsätze riskieren, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen oder Vermögen stehen (Fremdsperre).

Die für die Wettaufsicht zuständige Behörde tauscht die Daten in nicht anonymisierter Form mit den für die Wettaufsicht zuständigen Behörden anderer Länder aus. Jeder Inhaber einer Erlaubnis nach diesem Vertrag muss diskriminierungsfreien Zugang zu dem Sperrsystem erhalten und sich dem System anschließen.

(2) Die zur Teilnahme am Sperrsystem Verpflichteten sperren Personen vom Spielbetrieb aus, die dies beantragen (Selbstsperre) oder von denen sie aufgrund der Wahrnehmung ihres Personals oder aufgrund von Meldungen Dritter wissen oder annehmen müssen, dass sie spielsuchtgefährdet, spielsüchtig oder überschuldet sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen oder Spieleinsätze riskieren, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen oder Vermögen stehen (Fremdsperre).

(3) Die Sperre beträgt mindestens ein Jahr. Die Veranstalter teilen die Sperre dem betroffenen

(3) Die Sperre gilt für mindestens ein Jahr. Die Sperre ist dem betroffenen Teilnehmer unver-

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

Spieler unverzüglich schriftlich mit.

(4) Die Veranstalter haben die in § 23 Abs. 1 genannten Daten in eine Sperrdatei einzutragen. Ein Eintrag ist auch zulässig, wenn nicht alle Daten erhoben werden können.

(5) Eine Aufhebung der Sperre ist frühestens nach einem Jahr und nur auf schriftlichen Antrag des Spielers möglich. Über diesen entscheidet der Veranstalter, der die Sperre verfügt hat.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

züglich schriftlich mitzuteilen.

Eine Aufhebung darf nur auf schriftlichen Antrag des Teilnehmers erfolgen.

(4) In dem Sperrsystem sind Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Ausweisdaten (Art des Ausweises, Nummer, ausstellende Behörde, Gültigkeit), Gründe und Dauer der Spielsperre einzutragen. Ein Eintrag ist auch zulässig, wenn nicht alle Daten erhoben werden können.

Auf die Sperrdatei ist den angeschlossenen Wettunternehmern und Vertreibern zum Zwecke der Abfrage ein gesicherter Zugriff zu gewähren. Die Wettaufsichtsbehörden sind berechtigt, auf die Sperrdatei zuzugreifen.

[Abs. 3 Satz 3]

§ 12 Abgabe

(1) Vom Inhaber der Vertriebskonzession gemäß § 5 wird eine Abgabe erhoben. Der Abgabesatz beträgt 15 %. Bemessungsgrundlage ist der Rohertrag der auf die konzessionierten Vertriebsstellen entfallenden Wettumsätze. Als Rohertrag gilt der Spieleinsatz abzüglich Spielgewinn.

(2) Es ist sicherzustellen, dass ein erheblicher Teil des Aufkommens aus der Abgabe nach Maßgabe der Landesgesetze zur Förderung öffentlicher oder steuerbegünstigter Zwecke im Sinne der Abgabenordnung verwendet wird.

(3) Die Veranstalter sportlicher Ereignisse, auf die gewettet wird, werden gemäß den Sportförde-

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

**Zweiter Abschnitt
Aufgaben des Staates**

§ 9 Glücksspielaufsicht

(1) Die Glücksspielaufsicht hat die Aufgabe, die Erfüllung der nach diesem Staatsvertrag bestehenden oder auf Grund dieses Staatsvertrages begründeten öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu überwachen sowie darauf hinzuwirken, dass unerlaubtes Glücksspiel und die Werbung hierfür unterbleiben. Die zuständige Behörde des jeweiligen Landes kann die erforderlichen Anordnungen im Einzelfall erlassen. Sie kann insbesondere

1. jederzeit Auskunft und Vorlage aller Unterlagen und Nachweise verlangen, die zur Prüfung im Rahmen des Satzes 1 erforderlich sind,
2. Anforderungen an die Veranstaltung, Durchführung und Vermittlung öffentlicher Glücksspiele und die Werbung hierfür sowie an die Entwicklung und Umsetzung des Sozialkonzepts stellen,
3. die Veranstaltung, Durchführung und Vermittlung unerlaubter Glücksspiele und die Werbung hierfür untersagen,
4. Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten die Mitwirkung an Zahlungen für unerlaubtes Glücksspiel und an Auszahlungen aus unerlaubtem Glücksspiel untersagen und
5. Diensteanbietern im Sinne von § 3 Teledienstgesetz, soweit sie nach diesem Gesetz verantwortlich sind, die Mitwirkung am Zugang zu unerlaubten Glücksspielangeboten untersagen.

Sofern unerlaubtes Glücksspiel in mehreren Ländern veranstaltet oder vermittelt wird oder dafür in mehreren Ländern geworben wird, kann jedes betroffene Land die zuständige Behörde eines ande-

rungsgesetzen der Länder angemessen beteiligt.

§ 15 Aufsicht

(1) Die Wettaufsicht hat die Aufgabe, die Erfüllung der nach diesem Staatsvertrag bestehenden oder auf Grund dieses Staatsvertrages begründeten öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu überwachen. Die zuständige Behörde kann die erforderlichen Anordnungen im Einzelfall erlassen. Sie kann insbesondere

1. jederzeit Auskunft und Vorlage aller Unterlagen und Nachweise verlangen, die zur Prüfung im Rahmen des Satzes 1 erforderlich sind,
2. Anforderungen an die Veranstaltung und den Vertrieb öffentlicher Wetten und die Werbung hierfür sowie an die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Anhaltung zu verantwortungsbewusstem Spiel stellen,
3. die Veranstaltung und den Vertrieb unerlaubter Wetten und die Werbung hierfür untersagen.

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

ren Landes ermächtigen, auch mit Wirkung für das betroffene Land tätig zu werden.

(2) Widerspruch und Klage gegen diese Anordnungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Die Länder arbeiten bei der Glücksspielaufsicht zusammen. Sie stimmen die Erlaubnisse für die in § 10 Abs. 2 genannten Veranstalter ab.

(4) Die Erlaubnis wird von der zuständigen Behörde für das Gebiet des jeweiligen Landes oder einen Teil dieses Gebietes erteilt. Sie ist widerruflich zu erteilen und zu befristen. Sie kann, auch nachträglich, mit Nebenbestimmungen versehen werden. Die Erlaubnis ist weder übertragbar noch kann sie einem Anderen zur Ausübung überlassen werden.

(5) Die Erlaubnis zur Einführung neuer Glücksspielangebote durch die in § 10 Abs. 2 genannten Veranstalter setzt voraus, dass

1. der Fachbeirat (§10 Abs. 1 Satz 2) zuvor die Auswirkungen des neuen Angebotes auf die Bevölkerung untersucht und bewertet hat und

2. der Veranstalter im Anschluss an die Einführung dieses Glücksspiels der Erlaubnisbehörde über die sozialen Auswirkungen des neuen Angebotes berichtet.

Neuen Glücksspielangeboten steht die Einführung neuer oder die erhebliche Erweiterung bestehender Vertriebswege durch Veranstalter oder Vermittler gleich.

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

(2) Widerspruch und Klage gegen diese Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Die Länder arbeiten bei der Wettaufsicht zusammen.

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfssfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

(6) Die Glücksspielaufsicht darf nicht durch eine Behörde ausgeübt werden, die für die Finanzen des Landes oder die Beteiligungsverwaltung der in § 10 Abs. 2 genannten Veranstalter zuständig ist.

§ 10 Sicherstellung eines ausreichenden Glücksspielangebotes

(1) Die Länder haben zur Erreichung der Ziele des § 1 die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen. Sie werden dabei von einem Fachbeirat beraten, der sich aus Experten in der Bekämpfung der Glücksspielsucht zusammensetzt.

(2) Auf gesetzlicher Grundlage können die Länder diese öffentliche Aufgabe selbst, durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder durch privatrechtliche Gesellschaften, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar maßgeblich beteiligt sind, erfüllen.

(3) Die Länder begrenzen die Zahl der Annahmestellen zur Erreichung der Ziele des § 1.

(4) Es ist sicherzustellen, dass ein erheblicher Teil der Einnahmen aus Glücksspielen zur Förderung öffentlicher oder gemeinnütziger, kirchlicher oder mildtätiger Zwecke verwendet wird.

(5) Anderen als den in Abs. 2 Genannten darf nur die Veranstaltung von Lotterien und Ausspielungen

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfssfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

(4) Die Wettaufsicht darf nicht durch eine Behörde ausgeübt werden, die für die Finanzen des Landes oder die Beteiligungsverwaltung von Wettunternehmen zuständig ist.

Sie wird von einem Fachbeirat unterstützt, der sich aus Beauftragten der Suchtverbände, Destinatäre, Verbraucherschutzverbände und den betroffenen Unternehmen zusammensetzt.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

nach den Vorschriften des Dritten Abschnitts erlaubt werden.

§ 11 Suchtforschung

Die Länder stellen die wissenschaftliche Forschung zur Vermeidung und Abwehr von Suchtgefahren durch Glücksspiele sicher.

**Dritter Abschnitt
Lotterien mit geringerem
Gefährdungspotential**

§ 12 Erlaubnis

(1) Die Erlaubnis gemäß § 4 Abs. 1 darf nur erteilt werden, wenn

1. der Veranstaltung keine Versagungsgründe nach § 13 entgegenstehen,
2. die in §§ 14, 15 Abs. 1 und 2 und § 16 Abs. 3 genannten Voraussetzungen vorliegen,
3. mit der Veranstaltung keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgt werden, die über den mit dem Hinweis auf die Bereitstellung von Gewinnen verbundenen Werbeeffekt hinausgehen, und
4. nicht zu erwarten ist, dass durch die Veranstaltung selbst oder durch die Verwirklichung des Veranstaltungszwecks oder die Verwendung des Reinertrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird oder die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigt werden.

Satz 1 Nr. 3 gilt nicht für Lotterien in der Form des Gewinnsparens, wenn von einem Teilnahmebetrag ein Teilbetrag von höchstens 20 vom Hundert als Losanteil für die Gewinnspartlotterie verwendet

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

wird.

(2) In der Erlaubnis kann für Veranstaltungen, die traditionell in Verbindung mit dem Fernsehen präsentiert werden und bei denen vorrangig die gemeinnützige Verwendung der Reinerträge dargestellt wird, eine Befreiung vom Verbot der Fernsehwerbung (§ 5 Abs. 3) zugelassen werden. In der Erlaubnis ist auch zu entscheiden, inwieweit die Anforderungen der §§ 6 und 7 zu erfüllen sind.

(3) Soll eine Lotterie mit einem einheitlichen länderübergreifenden Spielplan in mehreren Ländern veranstaltet werden, kann das Land, in dem der Veranstalter seinen Sitz hat, eine Erlaubnis auch mit Wirkung für die Länder erteilen, die hierzu ermächtigt haben.

§ 13 Versagungsgründe

(1) Eine Erlaubnis darf nicht erteilt werden, wenn die Veranstaltung § 4 Abs. 2 bis 4 widerspricht. Dies ist vor allem der Fall, wenn nicht auszuschließen ist, dass die Veranstaltung der Lotterie wegen des insgesamt bereits vorhandenen Glücksspielangebotes, insbesondere im Hinblick auf die Zahl der bereits veranstalteten Glücksspiele oder deren Art oder Durchführung den Spieltrieb in besonderer Weise fördert.

(2) Eine Erlaubnis darf insbesondere nicht erteilt werden, wenn

1. der Spielplan vorsieht, dass
 - a) die Bekanntgabe der Ziehungsergebnisse öfter als zweimal wöchentlich erfolgt,
 - b) der Höchstgewinn einen Wert von 1 Million Euro

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

übersteigt oder

c) Teile des vom Spieler zu entrichtenden Entgeltes zu dem Zweck angesammelt werden, Gewinne für künftige Ziehungen zu schaffen (planmäßiger Jackpot),

oder

2. eine interaktive Teilnahme in Rundfunk und Telemedien mit zeitnaher Gewinnbekanntgabe ermöglicht wird.

§ 14 Veranstalter

(1) Eine Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Veranstalter

1. die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes erfüllt und

2. zuverlässig ist, insbesondere die Gewähr dafür bietet, dass die Veranstaltung ordnungsgemäß und für die Spielteilnehmer sowie die Erlaubnisbehörde nachvollziehbar durchgeführt und der Reinertrag zweckentsprechend verwendet wird.

Satz 1 Nr. 1 gilt nicht für die von den in § 10 Abs. 2 genannten Veranstaltern und von der Körperschaft des öffentlichen Rechts „Bayerisches Rotes Kreuz“ veranstalteten Lotterien und für Veranstaltungen in der Form des Gewinnsparens (§ 12 Abs. 1 Satz 2).

(2) Soll die Veranstaltung ganz oder überwiegend von einem Dritten durchgeführt werden, darf die Erlaubnis nur erteilt werden, wenn nicht die Gefahr besteht, dass durch die Durchführung die Transparenz und Kontrollierbarkeit der Veranstaltung beeinträchtigt wird und der Dritte

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfssfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfssfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

1. die Anforderungen des Absatzes 1 Nr. 2 erfüllt und
2. hinsichtlich der Durchführung der Veranstaltung den Weisungen des Veranstalters unterliegt und keinen maßgeblichen rechtlichen oder tatsächlichen Einfluss auf den Veranstalter hat.

**§ 15 Spielplan, Kalkulation
und Durchführung der Veranstaltung**

(1) Nach dem Spielplan müssen der Reinertrag, die Gewinnsumme und die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen; die Kosten der Veranstaltung sind so gering wie möglich zu halten. Reinertrag ist der Betrag, der sich aus der Summe der Entgelte nach Abzug von Kosten, Gewinnsumme und Steuern ergibt. Für den Reinertrag und die Gewinnsumme sollen im Spielplan jeweils mindestens 30 vom Hundert der Entgelte vorgesehen sein und es darf kein Grund zu der Annahme bestehen, dass diese Anteile nicht erreicht werden. Bei der Antragstellung ist eine Kalkulation vorzulegen, aus der sich die voraussichtlichen Kosten der Veranstaltung, die Gewinnsumme, die Steuern und der Reinertrag ergeben. Zeigt sich nach Erteilung der Erlaubnis, dass die kalkulierten Kosten voraussichtlich überschritten werden, ist dies der Erlaubnisbehörde unverzüglich anzuzeigen und eine neue Kalkulation vorzulegen.

(2) In den Kosten der Lotterie dürfen Kosten von Dritten im Sinne des § 14 Abs. 2 nach Art und Umfang nur insoweit berücksichtigt werden, als sie den Grundsätzen wirtschaftlicher Betriebsführung entsprechen. Die Vergütung des Dritten soll nicht abhängig vom Umsatz berechnet werden.

(3) Der Veranstalter hat der zuständigen Behörde alle Unterlagen vorzulegen und alle Auskünfte zu erteilen, die zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Durchführung der Lotterie erforderlich sind. Insbesondere hat er eine Abrechnung vorzulegen,

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

aus der sich die tatsächliche Höhe der Einnahmen, des Reinertrages, der Gewinnausschüttung und der Kosten der Veranstaltung ergibt.

(4) Die zuständige Behörde kann auf Kosten des Veranstalters einen staatlich anerkannten Wirtschaftsprüfer beauftragen oder dessen Beauftragung vom Veranstalter verlangen, damit ein Gutachten zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Planung oder Durchführung der Lotterie, insbesondere zur Angemessenheit der Kosten der Lotterie erstattet und der Behörde vorgelegt wird. Die Kosten des Gutachtens sind Kosten der Lotterie.

§ 16 Verwendung des Reinertrages

(1) Der Reinertrag der Veranstaltung muss zeitnah für den in der Erlaubnis festgelegten Zweck verwendet werden.

(2) Will der Veranstalter den Reinertrag für einen anderen als den in der Erlaubnis festgelegten gemeinnützigen, kirchlichen oder mildtätigen Zweck verwenden oder kann der Verwendungszweck nicht oder nicht zeitnah verwirklicht werden, hat der Veranstalter dies der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. Diese kann nach Anhörung des Veranstalters den Verwendungszweck neu festlegen.

(3) Ein angemessener Anteil des Reinertrages soll in dem Land verwendet werden, in dem die Lotterie veranstaltet wird.

§ 17 Form und Inhalt der Erlaubnis

Die Erlaubnis wird schriftlich erteilt. In ihr sind insbesondere festzulegen

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

1. der Veranstalter sowie im Fall des § 14 Abs. 2 der Dritte,
2. Art, Ort oder Gebiet sowie Beginn und Dauer der Veranstaltung,
3. der Verwendungszweck des Reinertrages, die Art und Weise des Nachweises der Verwendung und der Zeitpunkt, zu dem der Nachweis zu erbringen ist,
4. der Spielplan und
5. die Vertriebsform.

§ 18 Kleine Lotterien

Die Länder können von den Regelungen des Staatsvertrages für nicht länderübergreifend veranstaltete Lotterien abweichen, bei denen

1. die Summe der zu entrichtenden Entgelte den Betrag von 40.000 Euro nicht übersteigt,
2. der Reinertrag ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt wird und
3. der Reinertrag und die Gewinnsumme jeweils mindestens 25 vom Hundert der Entgelte betragen.

Vierter Abschnitt Gewerbliche Spielvermittlung

§ 19 Gewerbliche Spielvermittlung

Neben den §§ 4 bis 7 und unbeschadet sonstiger gesetzlicher Regelungen gelten für die Tätigkeit des gewerblichen Spielvermittlers folgende Anforderungen:

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

1. Der gewerbliche Spielvermittler hat mindestens zwei Drittel der von den Spielern vereinnahmten Beträge für die Teilnahme am Spiel an den Veranstalter weiterzuleiten. Er hat die Spieler vor Vertragsabschluss in Textform klar und verständlich auf den für die Spielteilnahme an den Veranstalter weiterzuleitenden Betrag hinzuweisen sowie ihnen unverzüglich nach Vermittlung des Spielauftrages den Veranstalter mitzuteilen.

2. Gewerbliche Spielvermittler und von ihnen oder den Spielinteressenten im Sinne des § 3 Abs. 6 beauftragte Dritte sind verpflichtet, bei jeder Spielteilnahme dem Veranstalter die Vermittlung offen zu legen.

3. Gewerbliche Spielvermittler sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass bei Vertragsabschluss ein zur unabhängigen Ausübung eines rechts- oder steuerberatenden Berufes befähigter Treuhänder mit der Verwahrung der Spielquittungen und der Geltendmachung des Gewinnanspruches gegenüber dem Veranstalter beauftragt wird. Dem Spielteilnehmer ist bei Vertragsabschluss ein Einsichtsrecht an den Spielquittungen, die in seinem Auftrag vermittelt worden sind, einzuräumen. Wird ein Gewinnanspruch vom Spielteilnehmer nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten beim Treuhänder geltend gemacht, so ist der Gewinnbetrag an den Veranstalter abzuführen.

Fünfter Abschnitt Besondere Vorschriften

§ 20 Spielbanken

Gesperrte Spieler dürfen am Spielbetrieb in Spielbanken nicht teilnehmen. Die Durchsetzung des Verbots ist durch Kontrolle des Ausweises oder eine vergleichbare Identitätskontrolle und Abgleich

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

mit der Sperrdatei zu gewährleisten.

§ 21 Sportwetten

(1) Wetten können als Kombinationswetten oder Einzelwetten auf den Ausgang von Sportereignissen (Sportwetten) erlaubt werden. In der Erlaubnis sind Art und Zuschnitt der Sportwetten im Einzelnen zu regeln.

(2) Die Veranstaltung und Vermittlung von Sportwetten muss organisatorisch, rechtlich, wirtschaftlich und personell getrennt sein von der Veranstaltung oder Organisation von Sportereignissen und dem Betrieb von Einrichtungen, in denen Sportveranstaltungen stattfinden. Die Verknüpfung der Übertragung von Sportereignissen in Rundfunk und Telemedien mit der Veranstaltung oder Vermittlung von Sportwetten oder mit Trikot- und Bandenwerbung für Sportwetten ist nicht zulässig. Wetten während des laufenden Sportereignisses sowie über Telekommunikationsanlagen sind verboten.

(3) Gesperrte Spieler dürfen an Wetten nicht teilnehmen. Die Durchsetzung des Verbots ist durch Kontrolle des Ausweises oder eine vergleichbare Identitätskontrolle und Abgleich mit der Sperrdatei zu gewährleisten.

§ 4 Zulassung von Wettunternehmern

(1) Der Wettunternehmer bedarf der Zulassung durch die für den Ort des Geschäftssitzes zuständige Behörde. Für Wettunternehmer mit Geschäftssitz im Ausland bestimmen die Länder eine Behörde eines Bundeslandes mit übergreifender Zuständigkeit in der Anlage 1 zu diesem Vertrag. Die Veranstaltung öffentlicher Wetten in den Ländern ohne diese Erlaubnis ist verboten.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

(2) Zum Wettunternehmer ist zuzulassen, wer

1. Unionsbürger oder diesem nach dem Recht der Europäischen Union gleichgestellt oder eine juristische Person ist, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem Signatarstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat, und

2. die für den beabsichtigten Wettbetrieb erforderliche Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde besitzt. Im Falle juristischer Personen muss der für das Wettgeschäft Verantwortliche die Voraussetzungen der Zuverlässigkeit und Fachkunde erfüllen.

(3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass

1. durch den beabsichtigten Wettbetrieb die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet würde oder die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigt würden,

2. die Gefahr besteht, dass durch die Zusammenarbeit mit Dritten die Transparenz und Kontrollierbarkeit des Vertriebs oder einer etwaigen Vermittlungstätigkeit beeinträchtigt würde, oder

3. nicht gewährleistet ist, dass der Wettbetrieb in Einklang mit den Zielen des § 1, insbesondere ordnungsgemäß und für die Spielteilnehmer sowie die Aufsichtsbehörde nachvollziehbar durchgeführt würde.

(4) Mit der Antragstellung hat der Antragsteller seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die er bei Geschäftsaufnahme zugrunde zu legen beabsich-

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

tigt, anzuzeigen.

(5) Bei Wettunternehmern, die über eine Erlaubnis eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaft oder eines Signatarstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum verfügen, wird vermutet, dass dort geprüfte Zulassungsvoraussetzungen, die den Anforderungen der Absätze 2 und 3 entsprechen, erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Zulassungsverfahren Nachweise darüber verlangen.

(6) Die Zulassung wird schriftlich erteilt. Sie ist weder übertragbar, noch kann sie einem anderen zur Ausübung überlassen werden.

§ 5 Vertriebskonzession

(1) Der Vertrieb öffentlicher Wetten bedarf einer Konzession der zuständigen Behörde des jeweiligen Bundeslandes. Der Vertrieb öffentlicher Wetten ohne diese Erlaubnis ist verboten.

(2) Die Vertriebskonzession ist zu erteilen, wenn der Antragsteller über die für den Vertrieb erforderliche Zuverlässigkeit und Fachkunde verfügt.

(3) Die Vertriebskonzession ist zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass

1. durch den Vertrieb die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird,

2. durch die Zusammenarbeit mit Dritten die Transparenz und Kontrollierbarkeit des Vertriebs oder einer etwaigen Vermittlungstätigkeit beein-

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

trächtigt wird, oder

3. der Vertrieb nicht in Einklang mit den Zielen des § 1, insbesondere ordnungsgemäß und für die Spielteilnehmer sowie die Aufsichtsbehörde nachvollziehbar durchgeführt wird.

(4) Mit der Antragstellung hat der Antragsteller seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die er bei Geschäftsaufnahme zugrunde zu legen beabsichtigt, anzuzeigen. Für den stationären Vertrieb zeigt er Anzahl und Lage der Standorte an, für den Fernvertrieb die jeweiligen Vertriebswege sowie den Standort der Fernvertriebsstelle.

(5) § 4 Abs. 6 findet entsprechende Anwendung. In der Vertriebskonzession sind insbesondere die Wettunternehmer, deren Wetten vertrieben werden sollen und die Vertriebswege festzulegen. Für den stationären Vertrieb kann die Zahl der Standorte beschränkt und die Lage der Standorte bestimmt werden, wenn dies zur Gewährleistung der Ziele des § 1 geboten ist. Konzessionen für den Fernvertrieb mittels Telekommunikation, insbesondere über das Internet, werden durch die in der Anlage 1 bestimmte Behörde für das Gebiet der vertragschließenden Länder erteilt.

§ 6 Nebenbestimmungen

(1) Erlaubnisse nach diesem Staatsvertrag sind im Falle der Ersterteilung auf zwei Jahre zu befristen. Die neuerliche Konzessionserteilung erfolgt für jeweils vier Jahre befristet.

(2) Erlaubnisse können mit weiteren Nebenbestimmungen versehen werden, soweit diese erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Tätigkeit zu gewährleisten und den Zielen des § 1 gerecht zu werden.

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

§ 7 Pflichten bei Veranstaltung und Vertrieb

(1) Wettunternehmer sind, unbeschadet weitergehender Verpflichtungen nach Maßgabe des Landesrechts, verpflichtet,

1. in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen Regelungen zur Teilnahme an Wetten und zur Auszahlung der bei einer Wette erzielten Gewinne sowie zum Verbot der Teilnahme von Minderjährigen zu treffen,
2. Minderjährige effektiv von der Teilnahme auszuschließen und
3. Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(2) Wer öffentliche Wetten vertreibt, ist, unbeschadet weitgehender Verpflichtungen nach Maßgabe des Landesrechts, verpflichtet,

1. für jeden Standort eine verantwortliche Person zu benennen, die die Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 Nummer 2 erfüllt und für die Einhaltung der im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Wetten stehenden Rechtsvorschriften verantwortlich ist,
2. für jeden Standort eine angemessene Sicherheitsleistung (§ 8) zu hinterlegen,
3. von offensichtlich spielsuchtgefährdeten oder offensichtlich spielsüchtigen Teilnehmern keine Wetten anzunehmen und diese unverzüglich zu sperren,
4. Minderjährige effektiv von der Teilnahme auszuschließen,

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

5. die Durchsetzung der Sperre durch Kontrolle eines Ausweises oder eine vergleichbare Identitätskontrolle und Abgleich mit der Sperrdatei zu gewährleisten,

6. eine Verlegung jedes Standorts der Aufsichtsbehörde vier Wochen vorher anzuzeigen und

7. Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen unverzüglich anzuzeigen.

§ 8 Sicherheitsleistung

(1) Der Inhaber der Vertriebskonzession hat eine Sicherheit in Form einer Bankgarantie zu hinterlegen.

(2) Für den stationären Vertrieb beträgt die Sicherheitsleistung für

1. jeden Standort,

a) in dem ausschließlich oder überwiegend Wetten vertrieben werden oder

b) der über mehr als zwei Wettkassen oder Wettterminals verfügt,

20.000 Euro,

2. jeden anderen Standort 10.000 Euro.

Die Sicherheitsleistung nach diesem Absatz kann von der zuständigen Behörde auf den zu erwartenden Durchschnittswettumsatz von zwei Wochen angepasst werden.

(3) Für den Fernvertrieb beträgt die Sicherheitsleistung 1.000.000 Euro. Sie kann von der zuständigen Behörde auf die Höhe des zu erwartenden

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

den Durchschnittswettumsatzes zweier Wochen, maximal auf 5.000.000 Euro, angepasst werden.

(4) Die Sicherheitsleistung ist in Form einer Bankbürgschaft einer Großbank mit Sitz in der Europäischen Union oder in einem Signatarstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu erbringen.

**§ 22 Lotterien mit besonderem
Gefährdungspotential**

(1) Die Höhe planmäßiger Jackpots ist zur Erreichung der Ziele des § 1 in der Erlaubnis zu begrenzen; § 9 Abs. 3 Satz 2 ist anzuwenden.

(2) Gesperrte Spieler dürfen an Lotterien der in § 10 Abs. 2 genannten Veranstalter, die häufiger als zweimal pro Woche veranstaltet werden, nicht teilnehmen. Die Durchsetzung dieses Verbots ist durch Kontrolle des Ausweises oder eine vergleichbare Identitätskontrolle und Abgleich mit der Sperrdatei zu gewährleisten.

**Sechster Abschnitt
Datenschutz**

§ 23 Sperrdatei, Datenverarbeitung

(1) Mit der Sperrdatei werden die für eine Sperrung erforderlichen Daten verarbeitet und genutzt. Es dürfen folgende Daten gespeichert werden:

1. Familiennamen, Vornamen, Geburtsnamen,
2. Aliasnamen, verwendete Falschnamen,
3. Geburtsdatum,

§ 14 Sperrdatei, Datenverarbeitung

(1) Mit der Sperrdatei werden die für eine Sperrung erforderlichen Daten verarbeitet und genutzt. Es dürfen folgende Daten gespeichert werden:

1. Familiennamen, Vornamen, Geburtsnamen,
2. Aliasnamen, verwendete Falschnamen,
3. Geburtsdatum,

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

- 4. Geburtsort,
- 5. Anschrift,
- 6. Lichtbilder,
- 7. Grund der Sperre,
- 8. Dauer der Sperre und
- 9. meldende Stelle.

- 4. Geburtsort,
- 5. Anschrift,
- 6. Lichtbilder,
- 7. Grund der Sperre,
- 8. Dauer der Sperre,
- 9. meldende Stelle.

Daneben dürfen die Dokumente, die zur Sperrung geführt haben, gespeichert werden.

Daneben dürfen die Dokumente, die zur Sperrung geführt haben, gespeichert werden.

(2) Die gespeicherten Daten sind im erforderlichen Umfang an die Stellen zu übermitteln, die Spielverbote zu überwachen haben. Die Datenübermittlung kann auch durch automatisierte Abrufverfahren erfolgen.

(2) Die gespeicherten Daten dürfen an die Stellen übermittelt werden, die Spielverbote zu überwachen haben. Die Datenübermittlung kann auch durch automatisierte Abrufverfahren erfolgen.

(3) Datenübermittlungen an öffentliche Stellen, insbesondere an Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, sind nach den gesetzlichen Vorschriften zulässig.

(3) Datenübermittlungen an öffentliche Stellen, insbesondere an Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, sind nach den gesetzlichen Vorschriften zulässig.

(4) Erteilte Auskünfte und Zugriffe im elektronischen System sind zu protokollieren.

(4) Erteilte Auskünfte und Zugriffe im elektronischen System sind zu protokollieren.

(5) Die Daten sind sechs Jahre nach Ablauf der Sperre zu löschen. Es ist zulässig, die Löschung am Ende des sechsten Jahres vorzunehmen.

(5) Die Daten sind sechs Jahre nach Ablauf der Sperre zu löschen. Es ist zulässig, die Löschung am Ende des sechsten Jahres vorzunehmen.

(6) Soweit in diesem Staatsvertrag nichts anderes bestimmt ist, sind die jeweiligen Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten anzuwenden, auch wenn die Daten nicht in Dateien verar-

(6) Soweit in diesem Staatsvertrag nichts anderes bestimmt ist, sind die jeweiligen Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten anzuwenden, auch wenn die Daten nicht in Dateien verar-

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)*

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

beitet oder genutzt werden.

Siebter Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 24 Regelungen der Länder

Die Länder erlassen die zur Ausführung dieses Staatsvertrages notwendigen Bestimmungen.

Sie können weitergehende Anforderungen insbesondere zu den Voraussetzungen des Veranstaltens und Vermittels von Glücksspielen festlegen.

In ihren Ausführungsgesetzen können sie auch vorsehen, dass Verstöße gegen die Bestimmungen dieses Staatsvertrages mit Geldbuße oder Strafe geahndet werden.

§ 25 Weitere Regelungen

(1) Die bis zum 01. Januar 2007 erteilten Konzessionen, Genehmigungen und Erlaubnisse der Veranstalter im Sinne des § 10 Abs. 2 und die ihnen nach Landesrecht gleichstehenden Befugnisse gelten - soweit nicht im Bescheid eine kürzere Frist festgelegt ist - bis zum 31. Dezember 2008 als Erlaubnis mit der Maßgabe fort, dass die Regelungen dieses Staatsvertrages – abgesehen vom Erlaubniserfordernis nach § 4 Abs. 1 Satz 1 - Anwendung finden. Die Veranstalter nach § 10 Abs. 2 haben zum 1. Januar 2009 eine Erlaubnis nach § 4 Abs. 1 einzuholen.

(2) Abs. 1 findet entsprechende Anwendung auf die Vermittler von erlaubten öffentlichen Glücksspielen (einschließlich der Lotterie-Einnehmer der Klassenlotterien und der gewerblichen Spielvermittler). Soweit Vermittler in die Vertriebsorganisation eines Veranstalters eingegliedert sind, stellt der Veranstalter den Antrag auf Erteilung der Er-

Staatsvertrag zur Neuordnung des Sportwettenmarktes (Sportwettenstaatsvertrag)*

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

beitet oder genutzt werden.

§ 16 Regelungen der Länder

Die Länder erlassen die zur Ausführung dieses Staatsvertrages notwendigen Bestimmungen.

In ihren Ausführungsgesetzen können sie auch vorsehen, dass Verstöße gegen die Bestimmungen dieses Staatsvertrages mit Geldbuße oder Strafe geahndet werden.

§ 17 Übergangsregelungen

Vor Inkrafttreten dieses Staatsvertrages und der zur Umsetzung ergehenden Landesgesetze erteilte Konzessionen, Genehmigungen und Erlaubnisse gelten als Erlaubnisse im Sinne dieses Staatsvertrags fort.

Die Inhaber unterliegen ab dem Inkrafttreten der zur Umsetzung ergehenden Landesgesetze der Abgabepflicht.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

laubnis nach § 4 Abs. 1 für die für ihn tätigen Vermittler.

(3) Abweichend von § 10 Abs. 2 kann das Land Rheinland-Pfalz seine Aufgabe nach § 10 Abs. 1 durch ein betrautes Unternehmen wahrnehmen.

(4) Die zuständige Behörde kann eine Lotterie, die bei Inkrafttreten dieses Vertrages von mehreren Veranstaltern in allen Ländern durchgeführt wird und bei der der Reinertrag ausschließlich zur Erfüllung der in § 10 Abs. 4 genannten Zwecke verwandt wird, abweichend von § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 1 Nr. 1 und § 15 Abs. 1 Satz 3 erlauben.

(5) Der Reinertrag von Veranstaltungen in der Form des Gewinnsparens muss mindestens 25 vom Hundert der Entgelte betragen. Der Reinertrag ist für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke zu verwenden. Erlaubnisse können allgemein erteilt werden.

(6) Die Länder können befristet auf ein Jahr nach Inkrafttreten des Staatsvertrages abweichend von § 4 Abs. 4 bei Lotterien die Veranstaltung und Vermittlung im Internet erlauben, wenn keine Versagungsgründe nach § 4 Abs. 2 vorliegen und folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Der Ausschluss minderjähriger oder gesperrter Spieler wird durch Identifizierung und Authentifizierung gewährleistet; die Richtlinien der Kommission für Jugendmedienschutz zur geschlossenen Benutzergruppe sind zu beachten.

2. Die Beachtung der in der Erlaubnis festzulegenden Einsatzgrenzen, die 1000 Euro pro Monat nicht überschreiten dürfen, und des Kreditverbots

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

ist sichergestellt.

3. Besondere Suchtanreize durch schnelle Wiederholung und die Möglichkeit interaktiver Teilnahme mit zeitnaher Gewinnbekanntgabe sind ausgeschlossen; davon kann regelmäßig bei Lotterien mit nicht mehr als zwei Gewinnentscheiden pro Woche ausgegangen werden.

4. Durch Lokalisierung nach dem Stand der Technik wird sichergestellt, dass nur Personen teilnehmen können, die sich im Geltungsbereich der Erlaubnis aufhalten.

5. Ein an die besonderen Bedingungen des Internets angepasstes Sozialkonzept ist zu entwickeln und einzusetzen; seine Wirksamkeit ist wissenschaftlich zu evaluieren.

**§ 26 Verhältnis zu bestehenden
Regelungen für die Klassenlotterien**

(1) Soweit die Regelungen des Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen über eine Staatliche Klassenlotterie vom 26. Mai 1992 (SKL-Staatsvertrag) oder die Regelungen für die Nordwestdeutsche Klassenlotterie in der Vereinbarung der Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie und Hansestadt Hamburg, Freie Hansestadt Bremen, Saarland, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zum gemeinsamen Betrieb einer staatlichen Klassenlotterie vom 23. Dezember 1992 (NKL-Ländervereinbarung) im Widerspruch zu Regelungen dieses Staatsvertrags stehen, sind die Regelungen dieses Staatsvertrags vorrangig anzuwenden.

(2) Eine Erlaubnis nach § 4 Abs. 1 wird den Klassenlotterien abweichend von Art. 4 des SKL-Staatsvertrags und abweichend von Art. 2 der NKL-Ländervereinbarung von den nach diesem Staatsvertrag zuständigen Behörden erteilt.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

§ 27 Evaluierung

Die Auswirkungen dieses Staatsvertrages sind von den Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder unter Mitwirkung des Fachbeirats zu evaluieren. Das Ergebnis ist drei Jahre nach Inkrafttreten des Staatsvertrages vorzulegen.

§ 28 Befristung, Fortgelten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt mit Ablauf des vierten Jahres nach seinem Inkrafttreten außer Kraft, sofern nicht die Ministerpräsidentenkonferenz unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Evaluation (§ 27) bis Ende des vierten Jahres mit mindestens 13 Stimmen das Fortgelten des Staatsvertrages beschließt. In diesem Fall gilt der Staatsvertrag unter den Ländern fort, die dem Beschluss zugestimmt haben.

(2) Der Staatsvertrag kann von jedem der Länder, in denen er fortgilt, zum Schluss eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung ist schriftlich gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz zu erklären. Die Kündigung eines Landes lässt das zwischen den übrigen Ländern bestehende Vertragsverhältnis unberührt, jedoch kann jedes der übrigen Länder das Vertragsverhältnis binnen einer Frist von drei Monaten nach Eingang der Benachrichtigung über die gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz erfolgte Kündigungserklärung zum selben Zeitpunkt kündigen.

§ 29 Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2007 nicht min-

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

§ 18 Evaluierung

Die Auswirkungen dieses Staatsvertrages sind von den Wettaufsichtsbehörden der Länder nach Anhörung des Fachbeirats zu evaluieren. Die Aufsichtsbehörden veröffentlichen drei Jahre nach Inkrafttreten des Staatsvertrags und fortan alle zwei Jahre einen Evaluierungsbericht.

§ 19 Kündigung

Dieser Staatsvertrag kann von jedem der vertrags-schließenden Länder mit einer Frist von einem Jahr zum Schluss eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung kann erstmals nach vier Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages erfolgen. Die Kündigung ist schriftlich gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz zu erklären. Die Kündigung eines Landes lässt das zwischen den übrigen Ländern bestehende Vertragsverhältnis unberührt, jedoch kann jedes der übrigen Länder das Vertragsverhältnis binnen einer Frist von drei Monaten nach Eingang der Benachrichtigung über die gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz erfolgte Kündigungserklärung zum selben Zeitpunkt kündigen.

§ 20 Inkrafttreten

Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2007 nicht alle

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

destens 13 Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrages tritt der Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland vom 18. Dezember 2003/13. Februar 2004 außer Kraft.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

Anhang

**„Richtlinien zur Vermeidung und Bekämpfung
von Glücksspielsucht“**

Zur Vermeidung und Bekämpfung von Glücksspielsucht gelten die folgenden Richtlinien:

1. Die Veranstalter

a) benennen Beauftragte für die Entwicklung von Sozialkonzepten,

b) erheben Daten über die Auswirkungen der von ihnen angebotenen Glücksspiele auf die Entstehung von Glücksspielsucht und berichten hierüber sowie über den Erfolg der von ihnen zum Spielerschutz getroffenen Maßnahmen alle zwei Jahre den Glücksspielaufsichtsbehörden,

c) schulen das für die Veranstaltung, Durchführung und gewerbliche Vermittlung öffentlichen Glücksspiels eingesetzte Personal in der Früherkennung

Anhang

**„Richtlinien zur Vermeidung und Bekämpfung
von Glücksspielsucht“**

Das Entstehen von Spiel- und Wettsucht ist zu verhindern und die Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung zu schaffen.

Die Veranstalter und Vermittler von öffentlichen Wetten sind verpflichtet, die Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten, um so der Entstehung von Spielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck haben sie Konzepte zur Anleitung zu verantwortungsbewusstem Spiel zu entwickeln und folgende Punkte zu erfüllen:

3. Schulung des Verkaufspersonals, um problematische Kunden besser zu erkennen,

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungsschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

problematischen Spielverhaltens, wie z. B. dem plötzlichen Anstieg des Entgelts oder der Spielfrequenz,

d) schließen das in den Annahmestellen beschäftigte Personal vom dort angebotenen Glücksspiel aus,

e) ermöglichen es den Spielern, ihre Gefährdung einzuschätzen, und

f) richten eine Telefonberatung mit einer bundesweit einheitlichen Telefonnummer ein.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

4. regelmäßige Kontrolle durch Testkäufer,

5. elektronischer, auffälliger Warnhinweis auf den Wettterminals, der das Verkaufspersonal auf die Überprüfung des Alters des spielenden Kunden hinweist,

6. Zugangsverbot für Minderjährige zu Standorten, in denen ausschließlich oder überwiegend Wetten vertrieben werden,

7. Personalausweis-Kontrolle bei Zweifeln über Alter des Spielers,

8. Begrenzung der Einsatzhöhen bei Wettscheinen,

9. Bereithalten spezieller Suchtpräventions-Handbücher für das Verkaufspersonal; Verkaufspersonal auf besonders gefährdete Personkreise und Umstände hinweisen,

1. Aufbringen von Warnhinweisen auf Wettscheinen und Informationsmedien,

2. Informationen über Hilfs- und Beratungsstellen zur Verfügung stellen,

10. kostenlose Beratungshotline,

11. Limitsystem: Im Internet werden für die registrierten und damit namentlich bekannten Wetter nur Spieleinsätze in bestimmte Höhen zugelassen,

12. Sperre von offensichtlich spielsuchtgefährdeten Personen durch aktive Teilnahme an der bundesweiten Sperrdatei.

**Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in
Deutschland
(Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)***

* in der von den Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz – MPK - am 13. Dezember 2006 mit Maßgaben zustimmend zur Kenntnis genommenen **Entwurfassung** nach dem überarbeiteten Stand vom 14. Dezember 2006.

**Staatsvertrag zur Neuordnung
des Sportwettenmarktes
(Sportwettenstaatsvertrag)***

* **Entwurfassung alternativer Überlegungen** und Vorschläge zur Neuordnung des Sportwettenmarktes der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

2. Eine Information über Höchstgewinne ist mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust zu verbinden.

3. Die Vergütung der leitenden Angestellten von Glücksspielveranstaltern darf nicht abhängig vom Umsatz berechnet werden.
